

"Wir sind eine virtuelle Organisation"

Autor(en): **Marti, Kurt**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): - **(2000)**

Heft 4: **Aargauer AKW-Front bröckelt**

PDF erstellt am: **27.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-586790>

Nutzungsbedingungen

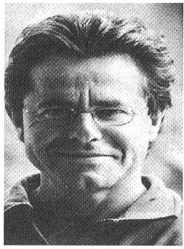
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Wir sind eine virtuelle Organisation»

Die Wirtschaft hat mit ihrer 3xNein-Kampagne die Energievorlagen vom Herbst 2000 bachab geschickt. In den vergangenen Jahren hat sie eine «schlanke» Energiegesetzgebung durchgeboxt und will mit der neu gegründeten Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW) die CO₂-Reduktionsziele auf freiwilliger Basis erreichen. Geschäftsführer Max Zürcher charakterisiert die EnAW treffend: «Wir sind eine virtuelle Organisation.»



Von Kurt Marti,
Redaktor
Energie&Umwelt

Das Telefon läutet ins Leere. Ein Tag, zwei Tage. Am dritten Tag gegen Mittag endlich eine Stimme: «Zürcher», meldet sich eine leise, diskrete Männerstimme, als sässe sie im allerletzten Verliess von Kafkas Schloss. Max Zürcher, der frühere Mitarbeiter der Wirtschaftsförderung, hat eine schwierige Mission. Als Geschäftsführer der neu gegründeten Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW) muss er freiwillig erreichen, was mit einer Energieabgabe und höheren Energiepreisen viel einfacher gewesen wäre, nämlich Energie sparen und den CO₂-Ausstoss um 10 Prozent senken.

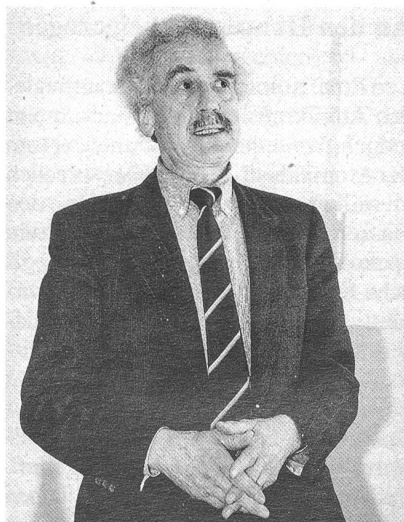
Vom Fiasko zum Tatbeweis

Die bisherigen Erfahrungen mit den freiwilligen Beiträgen der Wirtschaft zum Energiesparen sind wenig ermutigend. Die freiwilligen Vereinbarungen zur Absenkung des Benzinverbrauchs von Autos und zur Reduktion des Stromverbrauchs von Geräten waren ein Fiasko. Die mit dem Bund vereinbarten Ziele wurden haushoch verfehlt (Seite 20). Ein ähnliches Bild zeigt sich in den Sektoren Industrie und Dienstleistungen: Trotz Rezession und massenweiser Schliessungen von energieintensiven Betrieben erreichte die Wirtschaft von 1990 bis 1998 bloss eine Stabilisierung des CO₂-Ausstosses. Seit 1997 steigt der Brennstoffverbrauch der Wirtschaft wieder massiv an. 1998 wuchs der Erdölverbrauch der Industrie

um happige 6 Prozent, der Gasverbrauch um 2,3 Prozent. Deshalb fordert Hans-Luzius Schmid, Vizedirektor des Bundesamtes für Energie (BFE): «Jetzt ist der Tatbeweis der Wirtschaft gefragt. Sie muss nun verstärkt und aktiver mitarbeiten.»

Die meisten Fragen sind noch offen

Seit zwei Jahren ist das Energiegesetz nun in Kraft, in welchem die Gründung von Energie-Agenturen vorgesehen ist (Kasten). Seit zwei Jahren hatte die Wirtschaft nun Zeit- eine Energie-Agentur auf die Beine zu stellen. Heute muss man feststellen, dass noch die meisten Fragen offen sind. In ihrem Hochglanzprospekt verspricht die EnAW das Blaue vom Himmel: Bis Ende 2000 wurden die Zielvereinbarungen mit dem Bund über die Reduktion des Energieverbrauchs und den CO₂-Ausstoss verspro-



Hans-Luzius Schmid, Vizedirektor
des Bundesamtes für Energie:
«Jetzt ist der Tatbeweis der
Wirtschaft gefragt. Sie muss nun
verstärkt und aktiver mitarbeiten.»

chen. Die Vereinbarungen müssen die CO₂-Reduktionsziele, die einzuhaltenen Fristen und die Form der Kontrolle und Berichterstattung (Monitoring-Reporting-System) beinhalten.

Bis Anfang Dezember lag auf dem Tisch ein Pilotvorschlag der Wirtschaft, wie diese drei Bedingungen für vier Test-Branchen aussehen könnten. Dieser Vorschlag wurde vom Centre for Energy Policy and Economics (CEPE) an der ETHZ entwickelt (Seite 10). Die definitive Vereinbarung wird noch einige Zeit auf sich warten lassen. Die Zeit läuft der Wirtschaft davon. Laut Zürcher gestaltet sich die Erhebung der Daten «als relativ schwierig», weil die Branchen zum Teil keine Daten zum Energieverbrauch und zum CO₂-Ausstoss zur Verfügung haben. Das «grosse Problem» ist laut Professor Eberhard Jochem, dem Leiter des Monitoring-Reporting-Systems, dass «die meisten Unternehmungen über das Potenzial der rentablen Energiesparinvestitionen gar nicht informiert sind.» Und noch schlimmer: Wer informiert ist, der versenkt dieses Wissen in der Schublade.

Springt die Wirtschaft auf den Innovationszug?

Im Vorstand der Energie-Agentur (siehe Liste) tummeln sich jene Verbände, welche möglichst billige Energie haben wollen (Vorort, Gewerbe, Grosskonsumenten) und jene, welche möglichst viel Energie verkaufen wollen (Strom, Öl, Gas). Ein Stelldichein der energiepolitischen Bremser also! Zürcher sieht darin freilich keine Probleme: «Schon heute müssen die Stromunternehmen Effizienzmassnahmen anbieten, um im liberalisierten Markt zu bestehen.» Dass die Stromverteiler auch den vom Vorort propagierten Atomstrom verkaufen müssen und mit diesem Überangebot die Preise und damit auch die Sparanstrengungen in den Keller holen, verschweigt der Wirtschaftsmann diskret. Realistischer sieht die Sache der BFE-Vize Schmid: «Man muss der Wirtschaft eine Chance geben. Aber ich habe immer gesagt, dass allein mit freiwilligen Massnahmen und mit der bestehenden Politik, die

Energiegesetz (EnG):

1. **Das Energiegesetz** ist seit Anfang 1999 in Kraft. Auf Druck der Wirtschaft wird die Priorität auf die freiwilligen Leistungen gelegt. Erst bei Versagen der Freiwilligkeit sollen Vorschriften und Gesetze zum Zug kommen.
2. **EnG, Art. 17:** Der Bundesrat kann Organisationen der Wirtschaft (Energie-Agenturen) folgende Aufgaben übertragen: Vereinbarung von einheitlichen und vergleichbaren Angaben des Energieverbrauchs, Prüfverfahren, Verbrauchszielwerten und Durchführung von Programmen. Zudem können Energie-Agenturen marktwirtschaftliche Instrumente umsetzen.
3. **EnG, Art. 18:** Mit den Energie-Agenturen trifft der Bundesrat Vereinbarungen über Ziele und Grundsätze, Durchführung von Programmen und die Berichterstattung.
4. **EnG, Art. 8:** Für serienmässig hergestellte Fahrzeuge und Geräte kann der Bund mit den Herstellern und Importeuren (z.B. Autoimporteuren) Verbrauchszielwerte vereinbaren. Kommt keine Vereinbarung zustande, so kann der Bundesrat Verbrauchszielwerte erlassen, und falls diese nicht erreicht werden, Anforderungen vorschreiben.

CO₂-Gesetz:

- Wenn das CO₂-Reduktionsziel von minus 10 Prozent bis 2010 im Vergleich zu 1990 nicht durch freiwillige Massnahmen erreicht wird, erhebt der Bund eine Lenkungsabgabe auf fossilen Energieträgern. Diese kann bis zu 50 Rappen pro Liter Benzin betragen.

Ziele nicht erreicht werden. Alles andere wäre ein Wunder – oder die Folge einer Wirtschafts- oder Erdölkrise.» Auch ETH-Professor Jochem hegt Zweifel: «Es wird für die Wirtschaft nicht leicht sein, die CO₂-Senkungsziele zu erreichen.» Wichtig sei, dass die Schweizer Wirtschaft jetzt auf den Innovationszug aufspringe. Wenn sich jedoch der Vorort «von rückwärtsgewandten Herrschaften dominieren liesse», dann werde die Schweizer Wirtschaft «das Nachsehen» haben.

Keine grossen finanziellen Mittel

Die finanziellen und personellen Mittel der EnAW sind gering. Bis jetzt ist sie ein Einmann-Betrieb. Das Büro ist selten besetzt. Die Homepage besteht aus dem vierseitigen Prospekt. Laut Zürcher hat die EnAW «keine grossen finanziellen Mittel und ist ein virtuelles Unternehmen.» Im Büro in Zürich sitzt Zürcher und leitet offenbar per Internet die Schweizer Wirtschaft zum Energiesparen an. Eines ist sicher: Die Teilprivatisierung der Energiepolitik ist für die Wirtschaft kostenneutral. Für Jochem allerdings ist eine Grundbedingung für den Erfolg, dass eine Energie-Agentur «eine Mindestinfrastruktur» zur Verfügung hat. Er verweist auf Dänemark, Holland und Deutschland,

wo Hunderte von Leuten in den Energie-Agenturen tätig sind. Eine schlanke Linie fährt nicht nur die EnAW, auch beim Bund sind die Mittel beschränkt. BFE-Vize Schmid: «Mit dem Personalstopp und den jährlichen 55 Millionen sind unsere Kräfte zur Beeinflussung eines 20 Milliarden-Marktes beschränkt. Wir müssen an allen Fronten kämpfen: mit freiwilligen Massnahmen, gesetzlichen Rahmenbedingungen und verstärkten Anreizen, unter anderem aufgrund einer CO₂-Abgabe.»



Max Zürcher, Geschäftsführer der Energie-Agentur der Wirtschaft: Arbeit in Kafkas Schloss...

Im Vorstand der Energie-Agentur der Wirtschaft sind die Bremser unter sich:

ENERGIE-AGENTUR DER WIRTSCHAFT (EnAW)

VORSTAND:

Dr. Rudolf Ramsauer (Präsident)
Schweizerischer Handels- und Industrie-Verein (Vorort)

Dr. Olivier Meuwly (Vizepräsident);
NR Hans-Werner Widrig (ab 22.6.2000)
Schweizerischer Gewerbeverband (SGV)

Anton Bucher
Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE)

Dr. Yves Genre; Martin Saxer
(ab 1.9.2000) Verband der Schweizerischen Gasindustrie (VSG)

Ansgar Gmür; Max Fritz (ab 22.6.2000)
Interessen-Gemeinschaft energieintensiver Branchen (IGEB)

Dr. Rolf Hartl
Erdöl-Vereinigung (EV)

Dr. Felix Schmid
Schweizerischer Baumeisterverband (SBV)

Dr. Peter Stössel
Swissmem / Verein Schweizerischer Maschinen-Industrieller (VSM)

Dr. Jean-Louis von Planta
Schweizerischer Energie-Konsumenten-Verband (EKV)

GESCHÄFTSFÜHRUNG:

Dr. Max Zürcher

Warten auf den intergalaktischen Konsens

Nach der millionenschweren 3xNein-Kampagne hat nun die Wirtschaft das Wort. Wenn die Wirtschaft nicht aus Eigeninteresse auf den rollenden Innovationszug aufspringt, bleibt als Druckmittel bloss die CO₂-Abgabe, welche frühestens ab 2004 eingeführt wird, falls sich abzeichnet, dass die Ziele nicht erreicht werden. Das letzte Wort hat das Parlament. Die Wirtschaftslobby hat auch hier die Bremse eingebaut: Die Höhe der Abgabe richtet sich nach dem wirtschaftlichen und politischen Umfeld. Zuerst muss natürlich die EU und die USA vorangehen, und diese warten auf den intergalaktischen Konsens. Bereits jetzt hat die Wirtschaft verinnerlicht, dass sie keine Sanktionen zu befürchten braucht. Bestraft wird sie höchstens vom Markt und diese Zeche für die Versäumnisse der Manager zahlen dann wie üblich wir alle. □